



informationen der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt

Nummer 46 | Sommer 2014

Rassistischen Mobilisierungen entgegentreten

Seite 3: Vor Gericht : Zum Prozessausgang wegen des Angriffs auf Abdurrahman E. in Bernburg
„Eine Verurteilung wegen versuchten Mordes wäre richtig gewesen.“

Seite 6: Interview mit antirassistisch engagierten Jugendlichen aus Gardelegen :
„Die Bevölkerung aufzuklären ist wirklich wichtig.“

Seite 9: Vor Ort : Merseburg – Ein Schwerpunkt rassistischer Gewalt

Seite 10: Die Mitte, Rassismus und Wahlkampf

Seite 12: Tipps & Termine : Filmreihe in Halle : „Ausgegrenzt“
Filmtipp : „Du weißt schon, wie in Rostock ...“

▶ beraten ◀

▲ unterstützen ▲

intervenieren ▶▶

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde,

der rassistische Angriff auf zwei Flüchtlinge in Halberstadt am 14. Juni 2014 reiht sich in eine erschreckende Chronik ein. In der Frühjahrs-Ausgabe der „informationen“ hatte die Mobile Opferberatung in ihrer Jahresbilanz 2013 auf einen erneuten Anstieg rassistischer Gewalt in Sachsen-Anhalt hingewiesen. Beinahe tödlich endete der Angriff von neun Neonazis auf Abdurrahman E. im September 2013 in Bernburg. Einen versuchten Mord aus rassistischen Gründen wollte das Landgericht Magdeburg in seinem skandalösen Urteil am 2. Mai jedoch nicht erkennen. (s. S. 3) ■ Inzwischen hat auch das Bundesinnenministerium eingeräumt, dass die Zahl der offiziell registrierten rassistisch motivierten Gewalttaten im vergangenen Jahr bundesweit um knapp 20 Prozent angestiegen ist. Angesichts des erheblichen Dunkelfelds muss davon ausgegangen werden, dass die Zahl unbekannter rassistisch motivierter Angriffe und Brandanschläge wesentlich höher ist und die Statistik der Behörden auch in diesem Jahr lediglich einen Ausschnitt der Realität darstellen. Dies zeigt sich auch an den Gesamtzahlen: Während das Bundesinnenministerium von insgesamt 802 politisch rechts und rassistisch motivierten Gewalttaten in 2013 ausgeht, hatten die Opferberatungsstellen für den gleichen Zeitraum allein in den fünf neuen Bundesländern und Berlin 737 einschlägige Gewalttaten registriert. ■ Die Angriffe gehen häufig einher mit rassistischen Mobilisierungen vor geplanten und existierenden Unterkünften von Geflüchteten – nicht selten als Teil des Wahlkampfes und der Kampagnen rassistisch motivierter Bürgerinitiativen. (s. Artikel S. 10). Sie spiegeln aber auch einen wichtigen Aspekt der Befunde aus der im Juni 2014 veröffentlichten Studie „Die stabilisierte Mitte“ wider. Die Forscher betonten bei der Vorstellung, dass „die Abwertung von Asylbewerbern“ besondere Aufmerksamkeit verdiene. Denn gleich 84,7 Prozent der Befragten in Ostdeutschland lehnten die Aussage ab, „bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein“. Und mehr als die Hälfte der Befragten vermuteten, dass die meisten Flüchtlinge in ihren Herkunftsländern gar nicht wirklich verfolgt würden. Umso ermutigender ist es, dass sich trotzdem immer wieder Engagierte vor Ort zusammenfinden, um Flüchtlinge zu unterstützen und sich rassistischen Mobilisierungen entgegen zu stellen. So wie beispielsweise Wiebke (15), Patrick (16) und Hubert (16), die u.a. im Runden Tisch gegen Rassismus in Gardelegen aktiv sind (s. Interview, S. 6). Und auch in Merseburg positionieren sich viele Menschen öffentlich gegen die steigende Anzahl rassistischer Gewalt (s. S. 9) ■ Am 1. Juli 2014 will Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig das neue Bundesprogramm gegen Rechtsextremismus vorstellen. Bislang ist jedoch keine Erhöhung der Finanzierung für die Opferberatungsstellen und Mobilen Beratungsteams vorgesehen. So wird allerdings weder der dringend notwendige Ausbau von Opferberatungsstellen im Westen, noch der reale Bedarf der schon existierenden Projekte gedeckt. Damit das nicht so bleibt, hoffen die Betroffenen und auch wir weiterhin auf Eure und Ihre Unterstützung. **Das Team der Mobilen Opferberatung**

Die **informationen** der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt erscheinen vier Mal im Jahr und werden kostenlos verschickt. Die **informationen** können auch per Email bezogen werden. Wenn ihr/Sie die **informationen** bislang nicht direkt zugeschickt bekommen habt oder weitere Exemplare erhalten möchtet, bitte eine Rückmeldung geben an die unten genannte Adresse. Wir nehmen euch/Sie dann in den Verteiler auf.

IMPRESSUM

Herausgeberin: Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt
Erich-Weinert-Str. 30, 39104 Magdeburg
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de
www.mobile-opferberatung.de

Redaktion: Antje Arndt (V.i.S.d.P.), Heike Keffner

Gestaltung: krannich | typo Druck: Druckzuck (Halle/Saale)

Titel: Willkommenskundgebung vor Flüchtlingsheim in Berlin / Adlershof

(Foto: Christian Ditsch)



getragen von:



Miteinander

Netzwerk für Demokratie und
Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.

gefördert im Rahmen des Bundesprogramms »TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN« und mit Mitteln des Landes Sachsen-Anhalt

VOR RICHTER:

BERNBURG: „EINE VERURTEILUNG WEGEN VERSUCHTEN MORDES WÄRE RICHTIG GEWESEN.“

Mit einem Schock für die Betroffenen endete am 2. Mai 2014 vor dem Landgericht Magdeburg der Prozess gegen neun überwiegend einschlägig vorbestrafte Neonazis. 15 Prozesstage hatte das Gericht wegen des rassistischen Angriffs auf Abdurrahman E., seine Lebensgefährtin und einen indischen Gast am Bernburger Bahnhof Ende September 2013 verhandelt.

Doch die Hoffnung der Betroffenen auf eine gerichtliche Würdigung von Rassismus als Tatmotiv und einer angemessenen Bestrafung aller Tatbeteiligten zerschlug sich. Das Gericht verurteilte lediglich vier der neun Angeklagten wegen versuchten Totschlags in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung und in einem Fall auch wegen Beleidigung zu Haftstrafen – und blieb damit hinter den Anträgen der Staatsanwaltschaft zurück: Haupttäter Maik R. (31) erhielt acht Jahre und zwei Monate, Michel M. (24) sieben Jahre, Ronny B. (28) fünfeneinhalb Jahre und Marco L. (30) fünf Jahre Haft. Rassismus wollten die Richter weder als Hauptmotiv für den Angriffsbeginn noch für die Brutalität ausmachen, mit der die Neonazis Abdurrahman E. beinahe getötet hätten.

Inzwischen hat Abdurrahman E. gegen das Urteil, das noch nicht rechtskräftig ist, Revision eingelegt. Die Mobile Opferberatung unterstützt den Betroffenen bei seinen Bemühungen um Gerechtigkeit: Wir bitten daher um Spenden für die Kosten des Revisionsverfahrens. (s. Randspalte S. 5)

Um die Kritik der Betroffenen und ihrer Anwält_innen am Prozessausgang besser nachvollziehbar zu machen, werden nachfolgend einige Aspekte aus dem Verfahren näher beschrieben:

DER ANGRIFF: LEBENSGEFÄHRLICHE TRITTE

Als Zeuge vor Gericht beschrieb Abdurrahman E., wie er am Abend des 21. Septembers 2013 seinen Imbiss im Bahnhof schließen wollte und dabei von einem der Angeklagten u.a. als "Kanacken-Stück" beleidigt wurde. Er habe beschwichtigend reagiert, so Abdurrahman E., da er „keinen Ärger“ wollte. Als ein weiterer aus der Neonazi-Gruppe dann aber seine Lebensgefährtin u.a. als "Türkenschlampe" und "Fotze" beleidigte, forderte Abdurrahman E. mehr Respekt und legte seine Hand auf den Arm des Beleidigers.

An den nachfolgenden Angriff kann sich Abdurrahman E. bis heute aufgrund der schweren Kopfverletzungen nicht mehr erinnern. „Fass mich nicht an, du Scheißvieh“, habe der Beleidiger daraufhin gesagt, sagte

16. MÄRZ GARDELEGEN (ALTMARKKREIS SALZWEDEL)

Auf einer Party wird ein junger Antifaschist morgens gegen 3 Uhr auf der Tanzfläche zu Fall gebracht. Während er aufsteht, wird er von einem bekannten Neonazi und mehreren weiteren Rechten umringt. Sie drohen, ihn und seine Familie in seinem Heimatort anzugreifen. Dann packt ihn der Neonazi, drückt ihn gegen ein Fenster und pöbelt ihn wegen seines antifaschistischen Engagements an. Der Betroffene bittet Bekannte, die Security zu holen. Schließlich kann er in eine Garderobe flüchten.

18. MÄRZ MERSEBURG (SAALEKREIS)

Am Nachmittag steigt eine 32-jährige in die Straßenbahn ein, als sie zwei Frauen sieht, die sie bereits seit Monaten immer wieder aufgrund ihrer Hautfarbe anpöbeln. Die Ältere steht sofort auf, kommt auf die 32-Jährige zu und stößt sie beim Vorbeigehen schmerzhaft gegen die Schulter. Von der Jüngeren wird ihr noch der sog. Stinkefinger gezeigt. Die Betroffene erstattet am nächsten Tag Anzeige bei der Polizei.

1. APRIL MERSEBURG (SAALEKREIS)

Gegen 21 Uhr geht ein alkoholisiertes Mann mit einer Eisenstange auf zwei Männer vermutlich rumänischer Herkunft los und schlägt damit auf sie ein. Dabei schreit er: „Ausländer, was wollt ihr hier?“. Als ein Zeuge interveniert, droht ihn der Angreifer mit einem Messer. Die Betroffenen können flüchten. Vor Ort eintreffende Polizeibeamte stellen einen polizeibekanntem 21-Jährigen fest.

3. APRIL DESSAU-ROSSLAU

Vor dem Hauptbahnhof wird ein 37-Jähriger gegen 21:20 Uhr von zwei Unbekannten rassistisch beleidigt. Dann versucht einer der Männer, dem Betroffenen ins Gesicht zu schlagen, was dieser jedoch abwehren kann. Noch in Bahnhofsnähe nimmt die von einer Zeugin gerufene Bundespolizei zwei alkoholisierte 25- und 28-jährige Männer fest. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt.

4. APRIL MERSEBURG (SAALEKREIS)

Ein Fotograf wird nach einem Prozess gegen den bundesweit aktiven Neonazikader Dieter Riefeling direkt vor dem Eingang des Amtsgerichts Merseburg von einem Neonazi attackiert. Einer der Begleiter Riefelings drückte die Kamera des Fotografen nach unten und beleidigte ihn als „Zeckenschwein“ und „Scheißvieh“. Ein weiterer Neonazi stößt den 45-jährigen Betroffenen dann mit voller Wucht gegen den Brustkorb. Der Betroffene erstattet noch vor Ort Anzeige.

E.'s Lebensgefährtin als Zeugin vor Gericht. Das sei das Signal für die gesamte Gruppe gewesen, um über den Imbissbetreiber herzufallen. Der zur Tatzeit 30-jährige Neonazi Maik R. warf aus kürzester Entfernung eine Bierflasche an den Kopf Abdurrahman E.'s. Dadurch erlitt E. die erste von mehreren potenziell lebensgefährlichen Verletzungen. Danach mischten sich die in unmittelbarer Nähe stehenden weiteren Angeklagten ein und schlugen den 34-Jährigen unter „Scheißtürke“-Rufen zu Boden. Vier der Angeklagten traten nach Ansicht des Gerichts mehrmals vor allem auf den Kopf von E. ein – auch als er bereits bewusstlos am Boden lag. Als E.'s Partnerin dazwischen ging, wurde auch sie angegriffen.

Auch ein indischer Bekannter des Paares, der zu Hilfe eilte, wurde niedergeschlagen und getreten. Erst als sich E. nicht mehr rührte, ließen die Neonazis ihn blutend zurück – um samt Bierkasten weiter zu feiern, bis die Polizei sie kurz darauf in der Nähe des Bahnhofs feststellte und zum Revier brachte. Dort konnten sich die Tatbeteiligten – trotz Anwesenheit von Beamten – auch noch über die Sache unterhalten und weiter trinken. „Wir haben gar nicht probiert, denen den Bierkasten wegzunehmen, wir hatten Sorge, dass es dann eskaliert“, erklärte ein Beamter. Vor Gericht behaupteten die Neonazis dann wahlweise, Abdurrahman E. sei „mit einer Machete“ oder „einem Dönermesser“ unvermittelt auf die Gruppe losgegangen und sie hätten sich lediglich zur Wehr gesetzt.

DIE RICHTERLICHE BEWERTUNG: „EINE SPONTANE TAT“

Das Gericht begründete den Freispruch für die Angeklagten Patrick S. (25), Marcel F. (23), Frank S. (24), Francesco L. (28) und Patrick F. (24) damit, dass ihre Tatbeteiligung „schwammig“ geblieben sei. Sie seien daher aus Mangel an Beweisen freizusprechen. Dem standen Aussagen mehrerer Zeug_innen gegenüber, die im Prozess beschrieben hatten, dass die gesamte Gruppe über Abdurrahman E. hergefallen war. Rechtsanwältin Sönke Hilbrans kritisierte die Freisprüche scharf. „Die Täter haben als Gruppe gehandelt“, so der Anwalt von E.. Entsprechend müssten ihnen auch die Handlungen der gesamten Gruppe zugerechnet werden.

In der Urteilsbegründung ging das Gericht auch auf die Frage des Tatmotivs ein – und folgte an dieser Stelle sowohl der Verteidigungsversion der Neonazis als auch dem klassischen Begründungsmuster „Alkohol = spontane Tat = kein Rassismus“. Der Vorsitzende Richter Dirk Sternberg räumte zwar ein, „Ausländerfeindlichkeit“ habe „mitgeschwungen“, es seien auch rassistische Sprüche gefallen und die rechts gerichtete Einstellung der Angeklagten sei erwiesen. Es sei aber „nicht zweifelsfrei feststellbar, dass es das tragende Motiv“ gewesen sei, so Sternberg weiter. Vielmehr ging das Gericht von einer „spontanen, nicht geplanten Tat“ aus, bei der auch Alkohol eine Rolle gespielt habe. Zudem habe ein Zeuge ausgesagt, Abdurrahman E. selbst habe einen Stock geschwungen. Demnach wäre das Hauptmotiv gewesen, sich dagegen zu wehren.

„Mit dieser Begründung hat das Gericht in einem wesentlichen Punkt den Aussagen der Neonazis mehr Glauben geschenkt als den neutralen Zeug_innen und den Betroffenen,“ kritisiert Nebenklägervertreterin Franziska Nedelmann. Sowohl die Zugführerin als auch Abdurrahman E., dessen Lebensgefährtin und der Freund des Paares hatten bestritten, dass E. bewaffnet auf die Neonazis losgegangen sei. Polizeibeamte hatten noch am Tag das Gelände erfolglos abgesucht. Zudem hätten die Zeugenaussagen eindeutig Rassismus als Tatmotiv belegt, betont Nedelmann: „Eine Verurteilung wegen versuchten Mordes wäre richtig gewesen.“

DIE ANGEKLAGTEN: NEONAZISTISCHE AKTIVISTEN

Während die verurteilten Neonazis, deren Verteidiger Freisprüche gefordert hatten, sichtlich überrascht über die Höhe der Haftstrafen waren, herrschte bei der Mehrheit der Angeklagten unübersehbare Freude. Sie sind seit mehreren Jahren in der neonazistischen Kameradschaftsszene in Schönebeck und Umgebung aktiv und haben sich daran gewöhnt, dass sie auch für schwerste Gewalttaten allenfalls minimal zur Rechenschaft gezogen werden.

So wie Francesco L. (28), dessen Bauch mit einem Hakenkreuz tätowiert ist: er wurde für die stundenlangen Misshandlungen eines 12-jährigen afrodeutschen Schülers im Januar 2006 in Pömmelte lediglich zu dreieinhalb Jahren Jugendstrafe verurteilt. Drei Wochen vor dem Angriff auf Abdurrahman E. war der überzeugte Neonazi wegen eines Angriffs auf zwei Alternative im März 2012 rechtskräftig zu neun Monaten Haft verurteilt worden, hatte diese aber noch nicht antreten müssen.

Auch Michel M. (24) – mit „Combat 18“- und „Blood & Honour“-Tattoos – ist wegen der brutalen Misshandlung eines Aussteigers in dessen Wohnung in Schönebeck im März 2010 vorbestraft. Patrick F. (24) nahm auch noch während des Prozesses am 8. März 2014 an dem jährlich stattfindenden Neonaziaufmarsch in Dessau teil. Und in Marcel F.'s (23) Wohnung fanden die Ermittler Hakenkreuz- und SS-Fahnen sowie ein Hitlerbild. Diese langjährigen Aktivisten der Neonaziszene würden sich mit den Freisprüchen zu weiteren Gewalttaten geradezu ermutigt fühlen können, warnte die Mobile Opferberatung direkt nach der Urteilsverkündung. ■

DIE LANGFASSUNG DES SPENDENAUFRUFES FÜR DIE REVISIONSKOSTEN FINDEN SIE UNTER WWW.MOBILE-OPFERBERATUNG.DE

SPENDENAUFRUF FÜR DIE REVISIONS- KOSTEN VON ABDURRAHMAN E.

„Dass uns nicht geglaubt wird, ist nur schwer zu ertragen und ein zusätzlicher Schlag ins Gesicht“, lautete die Reaktion von Abdurrahman E. und seiner Lebensgefährtin auf das Urteil des Landgerichts Magdeburg.

Noch ist das Urteil nicht rechtskräftig, da sowohl die Staatsanwaltschaft, die Verteidiger der vier verurteilten Neonazis als auch der Nebenklagevertreter von Abdurrahman E. Revision eingelegt haben. Der Betroffene will das Urteil jedoch nicht einfach akzeptieren. Zuviel wurde mit der Tat zerstört.

Abdurrahman E. musste seinen Imbiss abgeben und leidet noch immer erheblich an den körperlichen Tatfolgen. Doch abhängig davon, ob die Staatsanwaltschaft ihre Revision weiter verfolgt und wie letztendlich der Bundesgerichtshof bzw. im Falle einer Neuverhandlung eine andere Kammer entscheiden, besteht für ihn ein nicht unerhebliches Kostenrisiko. Im ungünstigsten Fall können sich die Revisionskosten auf über 8.000 Euro belaufen.

Deshalb bitten wir Sie und Euch um Spenden! Sollte die Revision erfolgreich sein oder nicht alle Gelder benötigt werden, kommen die Spenden unmittelbar dem Betroffenen zum Aufbau einer neuen Existenz zu Gute. Die Türkische Gemeinde in Deutschland unterstützt den Spendenaufruf.

Spendenkonto:

Miteinander e.V.

Bank für Sozialwirtschaft Magdeburg

IBAN: DE84 8102 0500 0008 4734 01

SWIFT / BIC: BFSWDE33MAG

Verwendungszweck:

Bernburg/Revision

10. APRIL HALLE (SAALE)

Am Mittag wird ein 20-jähriger Mann aus Mali in der Innenstadt ohne Vorwarnung von einem augenscheinlich alkoholisierten Unbekannten mit der Faust in den Bauch geschlagen. Der hinzugerufenen Polizei gelingt es noch vor Ort, einen 26-jährigen, polizeibekanntem Mann aus Halle zu stellen. Ein Atemalkoholtest bei dem Angreifer ergibt einen Wert von 2,7 Promille. Der polizeiliche Staatsschutz hat die Ermittlungen aufgenommen.

17. APRIL SALZWEDEL

Am späten Abend wird ein jugendlicher Antifa, der mit Freunden vor einer Gaststätte steht, von einem jungen Mann gegen den Rücken gestoßen. Der Angreifer ist als Aktivist der rechten Szene bekannt. Als der junge Antifa sich umdreht, schlägt ihn der Rechte mit der Faust ins Gesicht und bedroht ihn mit den Worten: „wenn du das mit der Antifakacke nicht lässt und dich nochmal auf Demos blickst, gibt's mehr als das hier.“

„DIE BEVÖLKERUNG AUFZUKLÄREN IST WIRKLICH WICHTIG.“

INTERVIEW MIT WIEBKE (15), PATRICK (16) UND HUBERT (16) ÜBER ANTIRASSISTISCHES ENGAGEMENT IM LÄNDLICHEN RAUM

In Gardelegen (Altmarkkreis) kommt es seit Jahren zu rassistischen Drohungen und Gewalt gegen Migrant_innen, Schwarze Deutsche und Flüchtlinge. Seit dem 20. Dezember 2013 leben in einer Flüchtlingsunterkunft im Stadtzentrum nun bis zu 10 Familien mit Kindern. Der „Runde Tisch gegen Rassismus in Gardelegen“, der sich im Februar 2014 gegründet hat, kritisierte in einer Presseerklärung Ende April diesen Jahres „unhaltbare Zustände“ in der Unterkunft. Die Kreisverwaltung hatte kurz zuvor einer der Unterzeichnerinnen der Presseerklärung ein nach Meinung des Runden Tisches unbegründetes Hausverbot erteilt.

Antirassistisch und antifaschistisch engagierte Jugendliche befürchteten schon früh, dass es vor Ort zu rassistischen Mobilisierungen und Stimmungsmache kommen könnte. Im Interview beschreiben Wiebke (15), Patrick (16) und Hubert (16), wie sie sich in verschiedenen Zusammenhängen für die Geflüchteten engagieren.

Mit welchen Aktionen haben Neonazis und Aktivist_innen der extremen Rechten in Gardelegen gegen Flüchtlinge mobilisiert? Und welche ersten Reaktionen gab es darauf?

Patrick: Im Oktober 2013 erschien in der Lokalzeitung ein Artikel, mit dem die Kreisverwaltung bekannt gab, dass ein ehemaliges Verwaltungsgebäude – das bis dahin als Ausgabestelle von „Die Tafel e.V.“ genutzt wurde – als Flüchtlingsunterkunft in Gardelegen umgebaut werden sollte. Kurz darauf begannen Neonazis dann zu mobilisieren. Aus unserer Sicht gibt es hier eine Parallele zu den bundesweit organisierten rechten Mobilisierungen gegen geplante Heimstandorte. Zunächst legten in der Nacht zum 19. Oktober 2013 bis heute unbekannte Täter Feuer in der zukünftigen Unterkunft. Nachdem dann Ende Dezember die ersten Geflüchteten in das Heim eingezogen waren, kam es direkt zu Bedrohungen: Zum Beispiel Anfang Februar 2014, als eine Gruppe von circa zehn Rechten vor das Heim zogen und Nazi-Parolen riefen. Parallel dazu sammelte eine Facebookseite „Nein zum Heim in Gardelegen“ innerhalb weniger Wochen 1.900 so genannte „Likes“. Und überall in der Stadt tauchten Aufkleber mit Parolen wie „Nein zum Heim“ und „Asylflut stoppen“ auf.

Wiebke: Daraufhin organisierten wir am Gymnasium im Dezember und im Januar zwei Veranstaltungen zum Thema „Lebensbedingungen von Geflüchteten“, „Rassismus“ und „Fluchtursachen“. Im Februar 2014 gründete sich der „Runde Tisch gegen Rassismus in Gardelegen“, in dem u.a. das Regionale Zentrum Nord von Miteinander e.V., das AntiDiskriminierungsNetzwerk, das Autonome Zentrum Kim-Hubert aus Salzwedel und ganz unterschiedliche Einzelpersonen – zum Beispiel die Wirtin des Schwarzen Adler Gardelegen und ich selbst – aktiv sind.

Wie unterstützt Ihr die Geflüchteten ganz konkret?

Wiebke: Ich engagiere mich größtenteils durch persönliche Kontakte. Das heißt konkret, dass ich in die Unterkunft gehe, dort mit Kindern Deutsch lerne, mit einigen Familien koche oder einfach nur zuhöre und versuche, bei der Lösung von alltäglichen Problemen zu unterstützen: zum Beispiel wie und wo man Zugang zu einem internetfähigen Computer findet. Und wir begleiten Geflüchtete unter anderem bei Arztbesuchen oder versuchen, Freizeitangebote für die Kinder und Jugendlichen auf die Beine zu stellen.

Patrick: Durch die Infoveranstaltungen an unserer Schule, dem Geschwister-Scholl-Gymnasium in Gardelegen, ist es uns gelungen, die Schüler_innen dort zu sensibilisieren. Wir haben Vorurteile gegen Asylbewerber_innen ausgeräumt und die Situation der Flüchtlinge geschildert. Dazu haben wir auch einen Flüchtling an die Schule eingeladen, weil wir den Geflüchteten die Möglichkeit geben wollen, für sich selbst zu sprechen.

Hubert: Nach einer zweistündigen Diskussionsrunde mit einem Geflüchteten aus Burkina Faso an meiner Schule war dann in meinen Augen die Stimmung gegenüber Asylbewerbern eine positivere als vorher. Zusätzlich habe ich anfangs Flyer in Gardelegen verteilt, um den inhumanen Umgang mit Geflüchteten und Rassismus kurz zu erklären.

Zu den großen Problemen von Geflüchteten gehören neben der sozialen Isolation ja auch das Arbeits- und Ausbildungsverbot. Das lässt sich selten durchbrechen. Wo stoßt ihr an Grenzen?

Wiebke: Ganz konkret, weil uns die Mitarbeiter_innen der Unterkunft einige Steine in den Weg legen.

Patrick: Beim Thema Abschiebung stoßen wir allerdings komplett an unsere Grenzen. Obwohl das Heim erst seit einem knappen halben Jahr bewohnt ist, sind schon mehrere Menschen abgeschoben worden: zum Beispiel im März eine Mutter aus Albanien mit zwei Kindern.

Hubert: Wir vom Runden Tisch haben zwar unser Bestes getan, aber bei den politisch Verantwortlichen gab es keinen Willen, humanitäre Lösungen zu finden. So blieb dann nur noch eine Spontandemonstration mit sechzig Leuten als Reaktion auf die Abschiebung im März.

Gardelegen hat ja gerade einmal 15.000 Einwohner_innen: Werdet Ihr für Euer Engagement auch angefeindet? Und wer unterstützt euch?

Patrick: In letzter Zeit steigt die Zahl der Angriffe und Drohungen von Rechten gegen antirassistisch und antifaschistisch engagierte Personen in Gardelegen und in den kleineren Orten in der Umgebung. Im April 2014 beispielsweise wurde eine antifaschistisch engagierte Person bei einer Party in Mieste von vier bekannten Neonazis angegriffen, beim Hansefest, dem großen Stadtfest im Mai, gab es ebenfalls einen Angriff

20. APRIL STENDAL

In der Nähe des Marktes wird ein 22-Jähriger gegen 20 Uhr von drei Rechten u.a. als „Scheiß Zecke“ beleidigt. Dann verlangen die Unbekannten, dass er seine Jacke mit der Aufschrift „Antifa“ auszieht. Als er darauf nicht eingeht, wird der Betroffene zu Boden geschlagen. Die Angreifer treten nun massiv auf ihn ein und springen u.a. auch auf seinen Oberkörper. Als das Trio von dem Betroffenen ablässt und weggeht, gelingt es dem 22-Jährigen, per SMS Freunde zu alarmieren, die ihn abholen und ins Krankenhaus bringen. Dort werden eine Hand- sowie mehrere Rippenfrakturen diagnostiziert.

3. MAI HALLE (SAALE)

Kurz nach Mitternacht wird ein 20-Jähriger im Stadtteil Silberhöhe von drei Unbekannten bedroht und ausgeraubt. Nach der Frage, was er in Deutschland suche, wird der gebürtige Guineer mit der Faust geschlagen und mit einer Glasscherbe sowie einem Messer bedroht. Bevor das Angreifer-Trio flüchtet, entwenden die Männer dem Betroffenen noch Bargeld aus seiner Jackentasche. Der 20-Jährige alarmiert über Notruf die Polizei, die wegen schweren Raubes und Bedrohung ermittelt. Laut Polizeiangaben blieb der 20-Jährige unverletzt.

6. MAI

WEISSENFELS (BURGENLANDKREIS)

Gegen Mitternacht wird ein 36-Jähriger in einem Imbiss von einem Unbekannten gefragt, ob er ihn wiedererkenne. Der Mann hatte ihn bereits zwei Wochen zuvor an einer Tankstelle unvermittelt mit einem Messer bedroht und dabei erklärt, er „hasse Ausländer“. Dann zeigt er erneut ein Messer und bedroht den gebürtigen Iraker. Der Imbissbesitzer verweist ihn und seine drei Begleiter, darunter eine Frau, des Lokals. Draußen zeigt der Mann noch mehrfach den sog. Hitlergruß und fordert den Iraker auf, nach draußen vor die Tür zu kommen. Der Imbissbesitzer und der 36-Jährige verschließen die Tür und warten, bevor sie sich kurz vor 4 Uhr nachts zum Gehen entschließen. Nur wenige Meter weiter treffen sie erneut auf den Rechten und dessen Gruppe, können diese aber zunächst ungehindert passieren. Plötzlich hält der Rechte kurz neben dem 36-Jährigen und durchsticht mit dem Messer den linken Oberarm des Betroffenen. Der Imbissbesitzer alarmiert die Polizei. Der Betroffene muss noch in der Nacht notoperiert werden und kann das Krankenhaus erst nach sechs Tagen verlassen. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung gegen einen 22-Jährigen. Es wurde Haftbefehl erlassen.

auf eine junge Antifaschistin. Und die Wirtin vom Schwarzen Adler, von der alle wissen, dass sie im Runden Tisch aktiv ist, wurde auch schon bedroht und wiederholt beleidigt.

Hubert: Angefeindet und selbst zur Zielscheibe wurde ich zum Glück noch nicht. Ich bekomme immer nur böse Blicke ab von den Nazis. Unterstützt werde ich von den Genossinnen und Genossen der antifaschistischen Aktion Salzwedel und der Autonomen Linken Gardelegen.

Wiebke: Unterstützt werden wir von ganz unterschiedlicher Seite: einerseits werde ich ganz konkret durch meine Familie, meine Freunde und Freundinnen unterstützt. Und dann sind da ja auch noch zum Beispiel Miteinander e.V., die Antifaschistische Aktion Salzwedel (AAS), die Mobile Opferberatung und Politiker_innen der Linken und der Grünen.

Könnt Ihr beschreiben, welche Veränderungen ihr für zwingend notwendig haltet – und was Eure nächsten Schritte sein werden, um diese Veränderungen anzustoßen?

Patrick: Wir planen schon die nächsten Informationsveranstaltungen, zum Beispiel an der Karl-Marx-Sekundarschule in Gardelegen. Denn wir finden, dass es wirklich wichtig ist, die Bevölkerung aufzuklären, um den Rechten nicht die Meinungshoheit im öffentlichen Diskurs zu überlassen.

Wiebke: Meine Hoffnung ist, dass es uns durch Veranstaltungen und konkrete Unterstützung gelingt, Vorurteile abzubauen und mehr Verständnis für die Situation der Flüchtlinge zu schaffen. Und andererseits würde ich mir wirklich wünschen, dass die Mitarbeiter_innen der Gemeinschaftsunterkunft und des Landkreises mir mein Engagement und die Arbeit des Runden Tisches einfacher machen – oder zumindest nicht unnötig erschweren.

Hubert: Ich wünsche mir, dass die Flüchtlinge nicht mehr in einer Gemeinschaftsunterkunft untergebracht sind sondern in einzelnen Wohnungen, wo sie dann selbstbestimmter leben können. Und dann wünsche ich mir noch, dass in Gardelegen die Stimmung vor allem bei der älteren Generation besser wird.

Danke für das Gespräch. ■

Literaturtipps:

- „Was tun, damit's nicht brennt“: Leitfaden zur Vermeidung von rassistisch aufgeladenen Konflikten im Umfeld von Sammelunterkünften von Flüchtlingen“ (Hg. MBR Berlin, Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche & Rechtsextremismus, Ev. Akademie zu Berlin)
- Die Brandstifter: Rechte Hetze gegen Flüchtlinge. (Hg. Amadeu Antonio Stiftung, Pro Asyl e.V.)

VOR ORT:

MERSEBURG: EIN SCHWERPUNKT RASSISTISCHER GEWALT

Erstmals seit fünf Jahren gelang es etwa 600 Gegendemonstrant_innen am 21. Juni 2013 in Merseburg, einen Aufmarsch von knapp 200 Neonazis erfolgreich zu blockieren. Damit konnte das Merseburger Bündnis gegen Rechts unter dem Motto „Merseburg stellt sich quer – Wir gegen Nazis“ mit vielfältigem und kreativen Protestformen einen wichtigen Erfolg verzeichnen. Und hat auch auf den Anstieg rechter und rassistischer Gewalt in der Stadt mit 36.000 Einwohnern reagiert.

ZUNAHME RASSISTISCHER ANGRIFFE

In den ersten sechs Monaten diesen Jahres hat die Mobile Opferberatung bereits neun Angriffe in Merseburg dokumentiert – damit liegt deren Anzahl schon jetzt höher als die Gesamtzahl rechter und rassistischer Gewalttaten im Saalekreis im Jahr 2013. Schon im Januar und Februar 2014 kam es zu drei rassistisch motivierten Angriffen innerhalb weniger Wochen: Am 12. Januar 2014 wird ein 23-Jähriger aus Leuna nachmittags von einem Mann in einer Straßenbahn rassistisch beschimpft und dann ins Gesicht getreten. Am 20. Februar 2014 schlagen zwei Neonazis einen somalischen Flüchtling am frühen Abend in der Bahnhofoberführung zu Boden, treten auf ihn ein und beleidigen ihn rassistisch. Der Betroffene muss im Krankenhaus behandelt werden.

Am 27. Februar 2014 greifen ein Dutzend organisierter Neonazis gezielt einen Passanten mit schwarzer Hautfarbe an. Die Angreifer hatten sich zunächst vor dem Büro des Landtagsabgeordneten Sebastian Striegel (Bd. 90/Grüne) versammelt, um ein dort stattfindendes Vorbereitungstreffen für eine antirassistische Demonstration am 1. März 2014 zu beobachten und dessen Teilnehmer_innen einzuschüchtern. Letztere bemerken den Angriff und greifen ein. Daraufhin werden sie u.a. mit einem Teppichmesser bedroht. Mit der eskalierenden neonazistischen Gewalt – zuletzt am Rande des jüngsten Neonaziaufmarsches gegen einen Journalisten – nehmen auch rassistische Drohungen sowie Schändungen von Mahnmalen für NS-Opfer zu: allein die Gedenkstele für die Opfer des NS-Völkermords an Sinti und Roma wurde in den letzten Jahren 17 Mal geschändet. Zuletzt beschmierten Unbekannte die Stele im März 2014 mit Fäkalien.

GUT VERNETZTE NEONAZISZENE

In Merseburg ist schon seit einigen Jahren eine junge und aktionistische Neonaziszene aktiv, die – wie beispielsweise die so genannte „AG Merseburg“ – in Freien Kameradschaften organisiert ist. Mit dem ehemaligen NPD-Kreistagsmitglied Rolf Dietrich gibt es zudem ein erfahrenen Neonazi, der als Verbindungsperson zur NPD agiert, immer wieder als Ver-

6. MAI MAGDEBURG

Gegen 23 Uhr wird ein 18-jähriger Magdeburger in einer Straßenbahn der Linie 93 auf Höhe der Haltestelle Kirschweg von einem Unbekannten u.a. mit den Worten „Mach dich raus aus unserem Land und verpiss dich dahin, wo du herkommst!“ rassistisch angepöbelt. Während eines kurzen Wortwechsels schlägt der Angreifer dem Schwarzen Deutschen mit der Faust ins Gesicht. Die Straßenbahnfahrerin informiert die Polizei, die noch vor Ort einen polizeibekanntem 25-Jährigen feststellen kann.

10. MAI GARDELEGEN (ALTMARKKREIS SALZWEDEL)

Gegen 19 Uhr kommen einer 15-jährigen augenscheinlich Alternativen und ihrer Freundin auf dem Hansefest in der Nähe einer Bühne fünf Männer entgegen, starren sie aggressiv an und zeigen dabei auf die Logos ihrer Thor-Steinar-T-Shirts. Die erheblich älteren Männer laufen als Kette. Sie gehen so auf die beiden Mädchen zu, dass die Freundin ausweichen muss. Die 15-Jährige wird beim Vorbeigehen von zwei der Unbekannten von beiden Seiten massiv angerempelt. Die Schülerin, die zuvor alternative Zeitungen auf dem Fest verteilt hatte, trägt dadurch erhebliche Schmerzen davon.

11. MAI MAGDEBURG

In den frühen Morgenstunden werden mehrere Antifaschist_innen von zwei Anhängern der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) beschuldigt, eines ihrer Wahlplakate umgestoßen zu haben. Dann prügelt einer der beiden AfD-Anhänger mit einem Baseballschläger auf mehrere Antifaschist_innen ein.

Als Polizeibeamte vor Ort eintreffen, nehmen sie die Personalien der Betroffenen auf, ohne sich um die Bewaffnung der Angreifer zu kümmern. Währenddessen kommen weitere AfD-Anhänger hinzu und können einzelne Antifaschist_innen ungehindert fotografieren. Mindestens drei Betroffene werden verletzt.

25. MAI MERSEBURG (SAALEKREIS)

Gegen 2:30 Uhr ist ein 27-Jähriger brasilianischer Herkunft zu Fuß von Schkopau nach Merseburg unterwegs, als er von zwei Unbekannten rassistisch beleidigt wird. Er setzt seinen Weg fort. In Merseburg kommt ihm jedoch einer der beiden Männer auf einem Fahrrad entgegen, stößt ihn gegen den Oberkörper und schlägt ihm ins Gesicht. Der Betroffene wehrt sich. Als er bemerkt, dass auch der zweite Unbekannte mit einem Fahrrad auf ihn zukommt, klingelt er an einem Wohnhaus und bittet um Hilfe. Bewohner alarmieren die Polizei. Die Täter flüchten.

Auf der website www.mobileopferberatung.de finden sich weitere Angriffe und eine ausführliche Fassung der Chronik

anstellungsanmelder auftritt und jüngere Neonazis zu Gerichtsprozessen begleitet. Rolf Dietrich war auch der Anmelder eines Neonazi-Aufmarsches am 1. März 2014, der sich gegen die antirassistische Demonstration richtete. Einer der mutmaßlichen Tatbeteiligten des Angriffs vor dem Abgeordnetenbüro wird dabei als Träger des Fronttransparents der Neonazis beobachtet.

Aktivist_innen der AG Merseburg nehmen regelmäßig an regionalen Aufmärschen teil – wie zuletzt in Magdeburg und Plauen – und sind gut mit Freien Kameradschaften im Burgenlandkreis vernetzt. Beobachter_innen verweisen u.a. auf die Ausstrahlung des Neonazi-Wohnprojekts in Görtschen (Burgenlandkreis), in dem sich Neonazis aus dem Umfeld des in Österreich u.a. wegen Gewalttaten, Prostitution und Drogenhandel strafrechtlich verfolgten Objekt 21 mit einem eigenen NS Black Metal Versand niedergelassen haben.* Da überrascht es kaum, dass die Kameradschaftsszene in Merseburg besonders durch die so genannte Anti-Antifa-Arbeit auffällt. Zudem hetzten Neonazis auf Facebook unter dem Motto „Merseburg gegen Asylanten“ massiv gegen eine geplante Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge. Zuletzt gelang der NPD bei den Kommunalwahlen Ende Mai 2014 erneut der Einzug in den Merseburger Stadtrat. Hier ist die Neonazi-Partei mit Hans Ronald Bretschneider vertreten.

Seit Jahren engagieren sich in Merseburg aber auch verschiedene Gruppen: zum Beispiel seit Mai 2010 die Initiative alternatives Merseburg (IAM) und die Saalekreis-Refugee-Association (SaRA) seit Mai 2013. Beide Initiativen waren an der Organisierung der Demonstration gegen Rassismus am 1. März 2014 maßgeblich beteiligt. Studierende der Hochschule Merseburg unterstützen Flüchtlinge aus einer Gemeinschaftsunterkunft im nahen Krumpa mit Deutschkursen, Kinderbetreuung und einen mehrsprachigen Stadtplan. Und nicht zuletzt organisiert das Bündnis gegen Rechts regelmäßig Infoabende, um der rassistischen Mobilisierung entgegenzuwirken. ■

* vgl. Tilo Giesbers: Rechte Kandidaten bei den Kommunalwahlen 2014 in Sachsen-Anhalt, www.antifainfoblatt.de/artikel/rechte-kandidaturen-bei-den-kommunalwahlen-sachsen-anhalt

DIE MITTE, RASSISMUS UND WAHLKAMPF

Ein Viertel aller Deutschen in Ost und West stimmen bei Befragungen regelmäßig rassistischen Parolen zu: In den neuen Bundesländern ist der Anteil sogar noch höher. Der Aussage „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“ bejahten im Osten sogar ein Drittel aller Befragten. Dieses Ergebnis der neuen Studie „Die stabilisierte Mitte 2014“ verweist darauf, wie manifest und salonfähig Rassismus in allen gesellschaftlichen Schichten in Deutschland ist. Besonders massiv richten sich rassistische Ablehnung, Abwertung und Vorurteile dabei nach den Erkenntnissen der Forscher gegen drei Gruppen: Asylsuchende, Muslime sowie Sinti und Roma.*¹

Da ist es kaum überraschend, dass die neonazistische NPD, aber auch die neu gegründete Alternative für Deutschland (AfD) im Kommunal- und Europawahlkampf 2014 bundesweit ebenso wie in Sachsen-Anhalt auf die rassistische Karte setzten: Mehr als die Hälfte aller neonazistischen Aufmärsche im Jahr 2013 und mindestens 20 Aufmärsche im ersten Quartal 2014 richteten sich explizit gegen Flüchtlinge und das Grundrecht auf Asyl – insbesondere in Sachsen und Thüringen wurden die Aufmärsche maßgeblich von der NPD organisiert.*2 Parallel dazu plakatierte die Neonazipartei flächendeckend Slogans wie „Asylflut stoppen“ und „Wir sind nicht das Sozialamt der Welt“. Die AfD hatte diese unverhohlene Botschaft von Rassismus und Ausgrenzung lediglich leicht abgewandelt: in den Slogan „Wir sind nicht das Weltsozialamt“. Im Landeswahlprogramm wurde die AfD ebenfalls deutlich mit Sätzen wie „Für gescheiterte Integrationsversuche wird die AfD, im Gegensatz zu den Altparteien, nicht die heimische Bevölkerung haftbar machen.“ oder „Unser Land braucht mehr eigenen Nachwuchs.“ Sie sollen Menschen mit rassistischen Resentiments direkt abholen.

Da ist es wenig verwunderlich, dass sich rassistische Gewalttäter_innen durch den aktuellen politischen Diskurs legitimiert und ermutigt fühlen: Die Flüchtlingshilfsorganisation Pro Asyl und die Amadeu Antonio Stiftung haben alleine in den ersten drei Monaten des Jahres 2014 mindestens 21 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte – davon 13 Brandanschläge – registriert. Hinzu kommen mehr Angriffe auf Geflüchtete in Orten, in denen die NPD oder rassistische Bürgerinitiativen gegen geplante bzw. schon vorhandene Unterkünfte mobilisieren – wie beispielsweise in Merseburg.*3 Ein weiteres erschreckendes Ergebnis der Leipziger Studie: Über die Hälfte aller Befragten wollen Sinti und Roma aus den Innenstädten vertreiben. Ganz offensichtlich greift hier ein politischer Diskurs, der Armuts-migrant_innen aus Osteuropa stigmatisiert und zur „Flut“ und „Bedrohung der Sozialsysteme“ stilisiert.

ERFOLGLOSE NPD BEI DEN WAHLEN 2014

Mit ihrer Botschaft von Rassismus und Wohlstandschauvinismus erzielte die NPD allerdings bei den Kommunalwahlen und Europawahlen in diesem Jahr – von wenigen lokalen Schwerpunkten wie dem Burgenlandkreis abgesehen – keine Erfolge. Die Neonazipartei hat in Sachsen-Anhalt mit 2,1 % (16.758 Stimmen) knapp zwei Drittel ihrer Wähler_innen gegenüber der letzten Landtagswahl verloren.*4 Dennoch verfügt sie nun über 33 Kommunalmandate und ist in sieben Kreistagen vertreten. Offensichtlich ist es der NPD gelungen, mit der rassistischen Karte trotz aller parteiinternen Krisen, Verbotsandrohungen und Austritte von Funktionären einen gefestigten Sockel an Stammwähler_innen anzusprechen. Die AfD kam bei ihrer ersten Kommunalwahl in Sachsen-Anhalt auf insgesamt 2,3% und 6,3% der Wähler_innenstimmen bei der Europawahl. ■ Mitarbeit: Michael Barthel

*1 vgl. Decker, Brähler, Knies „Die stabilisierte Mitte: Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014“, Tabelle 11, S. 51

*2 vgl. u.a. BT-Drs. Antwort der Bundesregierung auf die Kl. Anfrage der Linksfraktion „Proteste gegen und Übergriffe auf Flüchtlingsheime“, BT-Drs. 18/1385 Antwort der Bundesregierung auf die Kl. Anfrage der Linksfraktion „Rechtsextreme Aufmärsche im ersten Quartal 2014“

*3 www.proasyl.de/de/news/detail/news/hetze_und_rassistische_gewalttaten_nehmen_zu/

*4 vgl. Tilo Giesbers „Ergebnisse rechter Kandidaten bei den Wahlen in Sachsen-Anhalt“, www.antifainfoblatt.de/artikel/ergebnisse-rechter-kandidaten-bei-den-wahlen-sachsen-anhalt



SOLIDARITÄT HILFT

Unbürokratische Hilfe stellt der „Opferfonds für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Sachsen-Anhalt“ bei Miteinander e.V. zur Verfügung, der nach dem rassistischen Mord an dem ehemaligen mosambikanischen Vertragsarbeiter Alberto Adriano im Stadtpark von Dessau im Juni 2000 ins Leben gerufen wurde. Seitdem erhalten hunderte Betroffene unterschiedliche Summen, um die materiellen und immateriellen Angriffsfolgen zu bewältigen.

Damit der Opferfonds weiterhin unbürokratisch helfen kann, brauchen wir Ihre und Eure Hilfe.

Spenden sind steuerlich absetzbar.

**Konto:
Miteinander e.V.
Stichwort: Opferfonds
Bank für Sozialwirtschaft
Magdeburg
IBAN: DE84 8102 0500 0008 4734 01
SWIFT / BIC: BFSWDE33MAG**

FILMREIHE: AUSGEGRENZT

INNEN- UND AUSSENANSICHTEN DES EUROPÄISCHEN MIGRATIONSREGIMES

Die Filmreihe von no lager halle und dem alv/Alternativen Vorlesungsverzeichnis des Studierendenrates der Universität Halle zeigt Dokumentarfilme zur Flüchtlingspolitik in Deutschland und die Auswirkungen für die Betroffenen, z. T. in Anwesenheit der FilmemacherInnen.



WARTESAAAL DES BUNDESAMTES FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE IM GRENZDURCHGANGSLAGER FRIEDLAND

ÖDLAND – DAMIT KEINER DAS SO MITBEMERKT

3. Juli 2014 | 19 Uhr | Zazie (Kleine Ulrichstr. 22, Halle)

In Mitten von Wäldern steht - umringt von einem Maschendrahtzaun - ein Wohnblock auf ehemaligem Kasernengelände der sowjetischen Armee in Möhrlau (Landkreis Wittenberg). Hier leben Aya, Momo und Mustafa. Sie wünschen sich normal zu sein. Eine Geschichte von Kindheit, Heimat und der Suche nach Identität. DIE ZONE # Filmproduktion | 2013 | 79 Minuten | Deutsch, Arabisch, Kurdisch mit UT

„LEBEN VERBOTEN“

7. August 2014 | 19 Uhr | Infoladen (Ludwigstraße 37, Halle)

Die Asylgesetzgebungen machen das Leben für Geflüchtete in Deutschland schwer. Der Versuch, sich für elementare Rechte einzusetzen, führt die im Film gezeigten Geflüchteten nach Berlin in den Bundestag. Mathias Fiedler & Astrid Nave | 2013 | 30 Minuten | Deutsch

„DU WEISST SCHON, WIE IN ROSTOCK...“

EIN FILM ZUR ERINNERUNG AN RECHTE UND RASSISTISCHE GEWALT IM SACHSEN-ANHALT DER 1990ER JAHRE



Viele erinnern sich an die rassistischen Pogrome von Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda und die erste Welle rechter Gewalt in den frühen 1990er Jahren. Der Film „Du weißt schon, wie in Rostock“ schildert nun die Erfahrungen und Erinnerungen von vier Frauen und Männern, die in Sachsen-Anhalt Anfang der 1990er Jahre von rassistischer und neonazistischer Gewalt betroffen waren. ■ Denn rassistisch motivierte Angriffe auf Flüchtlinge und Migrant_innen sowie Gewalt gegen alternative Jugendliche gehörten ab 1990 auch in Sachsen-Anhalt zum Alltag. Doch vielfach wurden die zahlreichen Gewalttaten und ihre Folgen von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Ein Film von Kathrin Lemcke und Miteinander e.V., Magdeburg und Halle (Saale) 2013, 23 min. | Für die Bildungsarbeit kostenlos verwendbar und online abrufbar unter <http://vimeo.com/miteinanderev/duweisstsichon> Gefördert durch das BMFSFJ und das Ministerium für Arbeit und Soziales Sachsen-Anhalt im Rahmen des Bundesprogramms "TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN".

Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt

- ▶ Wir unterstützen Betroffene nach einem rassistischen, rechten oder antisemitischen Angriff.
- ▶ Wir sind unabhängig und parteilich.
- ▶ Wir beraten kostenlos vor Ort und auf Wunsch anonym: Betroffene rechter Gewalt und Freund_innen, Angehörige und Zeug_innen.
- ▶ Wir intervenieren, wenn sich Betroffene rechter Gewalt alleine gelassen fühlen.

SALZWEDEL

Chüdenstr. 4
29410 Salzwedel
Tel.: (03901) 30 64 31
mobil: (0170) 2 90 41 12
oder (0175) 6 63 87 10
opferberatung.nord@miteinander-ev.de

MAGDEBURG

Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg
Tel.: (0391) 5 44 67 10
mobil: (0170) 2 94 83 52
oder (0170) 2 92 53 61
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de

HALLE

Platanenstr. 9
06114 Halle
Tel.: (0345) 2 26 71 00
mobil: (0170) 2 94 84 13,
(0151) 53 31 88 24 oder (0175) 1 62 27 12
opferberatung.sued@miteinander-ev.de